




Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

: Politische Briefe : 7. Herrn Laskers Austritt aus der nationalliberalen Fraction.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Die vollständige Emancipation der Juden war also in Preußen auch 1847 noch nicht durchgeführt worden. Indes ließ dieselbe nicht lange mehr auf sich warten. Schon das folgende Jahr brachte den Segen über ganz Deutschland. Das Judenvolk, ohnehin in den meisten Staaten des Bundes mehr, als gut war, frei gestellt, wurde nun vollständig entfesselt und seiner Natur überlassen. Die in Frankfurt beschlossenen Grundrechte bestimmten: Der Genuß der bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechte ist nicht durch das religiöse Bekenntniß bedingt, ein Princip, das mit dem Reichsgesetze vom 3. Juli 1869 zu allgemeiner und, wie man für jetzt wohl annehmen muß, bleibender Geltung gelangt ist. Die Einführung extremer wirtschaftlicher „Reformen“ nach dem manchesternen Grundsatz: Laissez faire, der dem semitischen Kaufmannsvolke vor Allem zu Gute kam und deshalb vorzüglich von Juden empfohlen und vertheidigt wurde, die unbeschränkte Freizügigkeit, das Actiengesetz und andere dergleichen Dinge krönten das Werk. Jetzt leuchtet die deutsche Welt darunter.

Die Emancipation hat keine guten Folgen, aber viele schlimme gehabt. Sie hat die Juden im Grunde ihres Wesens nicht geändert, weil das überhaupt nicht möglich war, sie hat sie nur mächtiger und damit schädlicher gemacht. Wäre auch eine wirklich ersprießliche Aenderung der Charakter-Eigenthümlichkeiten des unter uns recipirten semitischen Elements denkbar, so würde die stete Zuwanderung von echten, uncivilisirten Juden aus Polen diese Folge der Emancipation doch immer mehr oder minder illusorisch machen. Die westlichen Länder kennen diesen schweren Uebelstand nicht, sie bekommen von uns fast nur leidend erzogene, gleichsam filtrirte Juden. Wie sie ungesäubert aussehen, werden wir in den nächsten Artikeln zeigen. Hier nur noch die Bemerkung, daß Deutschland wenigstens keine Waschanstalt für dieses Element sein und ihm deshalb verschlossen sein sollte.

---

## Politische Briefe.

### 7. Herrn Lasfers Austritt aus der nationalliberalen Fraction.

Herr Lasfer hat an die Meininger, denen er seine Wahl in den Reichstag verdankt, ein Schreiben gerichtet und dasselbe veröffentlicht, worin er die Gründe seines Austritts aus der nationalliberalen Fraction im Reichstage entwickelt. Nur aus der parlamentarischen Fraction will Herr Lasfer austreten, ohne sich von der nationalliberalen Partei zu trennen. Das Schreiben ist für das, was darin steht, sehr lang, wie auch Herrn Lasfers Reden stets viel länger sind, als sie zu sein brauchten, um das zu sagen, was sie sagen. Diese Länge ist nicht nur ein Schaden für Leser und Zuhörer, sondern auch für Herrn Lasfer selbst. Wir wollen den Goldsand, den wir in dem jüngsten Schreiben aufgefischt, unsern Lesern ausgewaschen vorlegen, zu ihrem Frommen und Herrn Lasfers Vortheil.

Herr Lascker trennt sich von seiner bisherigen Fraction, weil diese dem Fürsten Bismarck nicht Opposition macht oder nicht genügend Opposition macht auf einem Wege, den Herr Lascker für verderblich hält. Dieser Weg führt nach Herrn Lascker dahin, die Steuerlast mehr als bisher auf die unteren Erwerbsklassen zu legen, dagegen die höheren Besitz- und Erwerbsklassen verhältnißmäßig zu entlasten. Dieses Ziel dürfe keinen Theil eines liberalen Programms bilden. Herr Lascker kommt auf dasselbe immer wieder zurück. Er fürchtet, daß die Entlastungen, welche versprochen sind, sowie die beabsichtigten Mehrausgaben in der Methode der vorjährigen Reichstagsbeschlüsse, also in der Methode einer stärkeren Belastung der unteren Erwerbsklassen beschafft werden sollen. Dann sagt er, die vorjährige Reform habe zu tief in die Ueberlastung der unteren Erwerbsklassen eingegriffen und zu fest nach dieser Richtung hin gebunden, um das Verhältniß der Regierung zur liberalen Partei unberührt zu lassen. Dann wiederum, die Vermehrung der Heeresausgaben sei dadurch um so empfindlicher, daß das angenommene Steuersystem zwingt, den größeren Theil der neuentstehenden Last auf die schwächeren Schultern zu legen. Dies ist der Goldsand aus Herrn Lasckers Redestrom in ein Klümpchen verdichtet.

Ist dieses Gold auch echt? — Herr Lascker thut mit einer erstaunlichen Gemüthsruhe, als wäre der Satz so klar wie das Sonnenlicht, daß die indirecten Steuern allein oder überwiegend die unteren Erwerbsklassen belasten. Weiß das Herr Lascker nicht anders, oder paßt ihm diese Maske nur für den vorliegenden Zweck? Weiß er wirklich nicht, daß der Satz, wen die indirecten Steuern am meisten treffen, in der Finanzwissenschaft mindestens streitig ist? Kommt ihm niemals der Gedanke, daß doch auch etwas darauf ankommt, welcher Art die indirecten Steuern sind, die man anwendet? Zucker, Petroleum, Kaffee, Wein, Bier, Tabak — ist es denn so sonnenklar, daß die stärksten Consumenten dieser Artikel die ärmeren Klassen sind? Ist es auch nur klar, daß der Gesamtverbrauch dieser Klassen — denn von dem Verbrauch der einzelnen Personen in demselben wird es auch Herr Lascker nicht behaupten — den Gesamtverbrauch der wohlhabenden Klassen übersteigt? Herr Lascker wird nicht mit der Antwort kommen, daß die Vertheuerung des Deles für eine Petroleumlampe den Arbeiter stärker belastet, als den Reichen das theuere Del für zwanzig Lampen. Und wenn Herr Lascker die Behauptung aufstellte, was würde er daraus schließen? Daß man die Wohlhabenden allein besteuern soll? Doch wohl nicht. Also, daß man die directen Steuern vorziehen soll. Aber das ist es ja gerade, weshalb man die Reform unternimmt, weil kein Verständiger mehr leugnen kann, daß die directen Steuern den Armen wie den Reichen vielmehr drücken, als die indirecten. Es sind sehr ernsthaftige Finanzkundige, welche die Ueberzeugung vertreten, daß bei der indirecten Besteuerung, wenn man die

richtigen Modalitäten wählt, sogar die Vertheilung der Last nach der Steuerfähigkeit ungezwungener und rationeller erfolgt, als bei den directen Steuern.

Herr Laszker hat also seinen Bau auf Sand errichtet. Immerhin ist er berechtigt, die Ausbildung des indirecten Steuersystems zu bekämpfen und um dieses Kampfes willen sich von seinen bisherigen Freunden zu trennen. Aber er ist nicht berechtigt zu sagen, daß der Reichskanzler darauf ausgehe und daß ihm die Nationalliberalen darin folgen, die Last auf die schwächeren Schultern zu legen.

Noch sonderbarer ist es, wie Herr Laszker sich die Gründe vorstellt, weshalb die Nationalliberalen dem Reichskanzler folgen. „Die Methode im parlamentarischen Wirken der nationalliberalen Fraktion läßt sich nur erklären durch die Ansicht, daß die Bildung einer clerical=conservativen Mehrheit unter allen Umständen zu verhindern und an deren Statt allenfalls eine liberal=conservative Mehrheit in Aussicht zu stellen sei.“ Herr Laszker stellt sich die Denkart seiner bisherigen politischen Freunde doch wohl zu oberflächlich vor. Zu der Weisheit, daß eine clerical=conservative Mehrheit am Ende auch vorübergehen wird, ohne das deutsche Reich zu ruiniren, werden sich diese Freunde wohl ebenfalls zu erheben im Stande sein. Aber es ist ein tieferer Instinct, als ihn Herr Laszker besitzt, welcher seine Freunde abhält, den Bruch mit dem Kanzler auf ihre Verantwortung zu nehmen. Sie werden sich sagen, daß es einen unwiederbringlichen Moment der deutschen Geschichte leichtsinnig, muthwillig und unverantwortlich verderben hieße, wenn die große Mehrheit des deutschen Mittelstandes durch dessen Führer mit dem Reichskanzler verfeindet werden sollte. Wenn aber die Verfeindung bloß versucht würde und nicht gelänge, so würde dieser Mittelstand den liberalen Zielen stärker entfremdet werden, als rathsam und wünschenswerth ist.

Herr Laszker ist der Mann der Doctrin. Wenn er nach oberflächlichem Nachdenken einen Satz fertig hat wie den, daß die indirecten Steuern die ärmeren Klassen auf Kosten der reichen belasten, dann verpufft er um dieses Satzes willen die größten Verdienste, die unerreichbarste Begabung und die seltenste Gelegenheit des kostbarsten Zieles zum Zeitvertreib für sein Doktrinchen in die Luft. Unter seinen Fraktionsgenossen aber sind Männer, welche sich sagen, daß eher einmal eine Doctrin verletzt werden, als eine unvergleichliche Kraft und eine unwiederbringliche Gelegenheit zerstört werden darf. Diese Männer sind auch wohl im Stande, durch schärfere Kritik dahinter zu kommen, daß eine voreilig zur Parteidoctrin gestempelte Annahme ihre schwachen Seiten hat.

Herr Laszker fürchtet, daß die Verbindung mit den Conservativen nur dahin führen könne, den liberalen Gedanken zu verwischen und die Bestrebungen

einer maßvoll liberalen Partei in der Gegenwart zu beschädigen und für die Zukunft zu gefährden. Herrn Lasfers Freunde werden mit mindestens ebensov gutem, wahrscheinlich aber mit viel besserem Rechte der Ansicht sein, daß unter der Führung des Kanzlers kein falsches Ziel der conservativen Partei den Liberalen aufgedrungen werden wird.

Am sonderbarsten aber erscheint Herr Lasker, wenn er seine eigenen Gründe entwickelt, weshalb er aus der Fraction getreten und dabei im Reichstage geblieben sei. So viel ist klar: die Mehrheit des Reichstages gegen den Kanzler zu führen, ist entweder schädlich oder nützlich. Wenn es nützlich ist, so war der beste Platz für solche Versuche Herrn Lasfers in der Fraction. Allein Herr Lasker wünscht um keinen Preis die Haltung der Fraction zu einer schwankenden zu machen. Nun giebt es aber bekanntlich keinen Uebergang zu einem andern System ohne Schwanken. Wenn aber das Schwanken jetzt so schädlich ist, nicht bloß für die Fraction, sondern, wie Herr Lasker ausdrücklich sagt, auch für den Reichstag, so ist wohl das Hinüberführen der Mehrheit in die Opposition jetzt unthunlich. Wenn dies der Fall, so ist es doch sehr eigenthümlich, daß Herr Lasker, um Opposition zu machen, im Reichstage geblieben ist. Denkt er wirklich so bescheiden über sich, daß er nicht fürchtet, er könne auch isolirt stehend die Mehrheit durch seine Opposition ins Schwanken bringen?

Uns scheint, Herr Lasker ist in diesem Schreiben weder Fisch noch Fleisch. Das hat man radikalerseits schon längst gefunden. Auf der staatserhaltenden Seite glaubte man, der Eifer des Lernens und das Streben nach sachlicher Denkungsart würden Herrn Lasfer zum consequent besonnenen und concreten Politiker machen. Aber wenn er es ehedem bei den Fischen im Sumpf des Radikalismus nicht ausgehalten, so ist seine Vernunft doch zu abstract geblieben, um das Fleisch einer lebendigen Anschauung zu dulden, geschweige denn anzunehmen. Er wendet seinen Freunden den Rücken — sie werden ihn ohne Bedauern scheiden sehen.

